

DOI: 10.5771/0342-300X-2018-6-505

Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum. WSI-Verteilungsbericht 2018

Soziale Durchlässigkeit ist entscheidend für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Wenn jedoch Armut für immer mehr Menschen zu einem Dauerzustand wird, wird ihnen die Chance verwehrt, sozial aufzusteigen. Sie laufen Gefahr, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Wie real eine solche individuelle wie auch gesellschaftspolitische Gefährdungslage mittlerweile ist, zeigt der diesjährige WSI-Verteilungsbericht: Immer mehr Menschen in Deutschland sind dauerhaft von Armut betroffen. Gleichzeitig steigt der Anteil der Menschen, die in dauerhaftem Reichtum leben. Um die weitere Vergrößerung dieser gesellschaftlichen Kluft zu stoppen, die soziale Schieflagen generiert, muss dauerhafte Armut wirkungsvoll und nachhaltig bekämpft werden. Hierfür bedarf es vor allem bildungs- und arbeitsmarktpolitischer Reformen.

DOROTHEE SPANNAGEL

1 Einleitung

Die Stabilität der deutschen Gesellschaft beruht entscheidend auf einer breiten, gut integrierten gesellschaftlichen Mitte. Es gehört zu den Gründungsversprechen der deutschen Demokratie, dass sich jede und jeder kraft eigener Leistung, flankiert von sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen, einen Platz in der Mitte der Gesellschaft sichern kann. Individueller Reichtum, so die weit verbreitete Ansicht in den Nachkriegsjahren, war größtenteils im Zuge des Zweiten Weltkriegs vernichtet worden. Aber auch die existenzielle Not der Nachkriegsjahre galt bald als überwunden und Armut wurde als ein vorübergehender Zustand betrachtet. So war etwa das Bundessozialhilfegesetz, das im Jahr 1961 in Kraft trat, explizit darauf ausgerichtet, *kurzfristige* individuelle Notlagen zu überbrücken. Länger andauernde Armutsphasen wurden angesichts des „Wirtschaftswunders“ nicht einkalkuliert. Diese Annahmen über die Formation der deutschen Gesellschaft in den 1960er und 1970er Jahren – geringes Armutsrisiko und Aufstiegsmobilität – setzten sich auch in den Köpfen der Menschen fest: Der Wunsch bzw. die Vorstellung, dass die eigenen Kinder es „später einmal besser haben“, dass sie sozial aufsteigen, galt als nahezu selbstverständlich.

Längst ist das Bild einer Gesellschaft, in der es nur temporäre Armut und kaum individuellen Reichtum gibt, überholt. Die Realität der 2010er Jahre ist: Die deutsche

Gesellschaft polarisiert sich zunehmend. Nicht nur die Einkommensschere wird größer (Grabka/Goebel 2018; Tiefensee/Spannagel 2018), auch die Lebenswelten von Armen, Mittelschicht und Reichen fallen immer mehr auseinander. Arme und Reiche konzentrieren sich zunehmend in sozial segregierten Stadtvierteln und schicken ihre Kinder auf entsprechende Schulen. Als eine Folge, und das ist der Ausgangspunkt des diesjährigen WSI-Verteilungsberichts, sinkt die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft.

Im Zentrum der Analyse steht das Einkommen als entscheidende Ressource, mit der die meisten Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Das Einkommen, das einer Person zur Verfügung steht, ist maßgeblich dafür, inwieweit diese Person an der Gesellschaft teilhaben kann. Es macht dabei einen großen Unterschied, ob jemand nur vorübergehend arm ist oder ob er oder sie sich dauerhaft mit Armut abfinden muss. Und wer sich umgekehrt seines Einkommensreichtums sicher ist, geht anders damit um als jemand, der befürchtet, diesen zu verlieren und sozial abzustiegen. Der Verteilungsbericht zeigt, dass sich Reichtum und vor allem Armut in den letzten Jahrzehnten deutlich verfestigt haben.¹ Diese Entwicklung empirisch nachzuzeichnen und offenzulegen, welche politischen Im-

1 Wenn nicht anders angegeben, stehen die Begriffe Armut und Reichtum für Einkommensarmut bzw. Einkommensreichtum.

pplikationen eine solche Verfestigung hat, ist Ziel der folgenden Ausführungen.²

Der Bericht ist wie folgt aufgebaut: Abschnitt 2 stellt die theoretischen und methodischen Grundlagen vor. Der dritte Abschnitt behandelt zunächst die Frage, wie sich die Armuts- und Reichtumsquoten seit den 1990er Jahren entwickelt haben. Auf dieser Basis wird untersucht, in welchem Ausmaß sich Armuts- und Reichtumspositionen im Verlauf von fünf Jahren verfestigt haben. Im letzten Abschnitt (4) werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und es wird diskutiert, wie den aufgezeigten Entwicklungen politisch zu begegnen ist.³

2 Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum: Theoretische und methodische Vorbemerkungen

Es ist bekannt, dass in Deutschland die soziale Mobilität zwischen Generationen äußerst gering ist. Das liegt insbesondere daran, dass der Bildungsgrad eines Kindes hierzulande so stark vom Bildungshintergrund der Eltern abhängt wie in fast keinem anderem Land (Groh-Samberg 2007, S. 182; Pollak 2012, S. 9). Hierbei handelt es sich um *intergenerationale Mobilität*, also um Mobilität im Generationenverlauf. Diese ist für die Durchlässigkeit einer Gesellschaft ebenso relevant wie die *intragenerationale Mobilität*, also die sozialen Auf- und Abstiege einer Person im Verlauf ihres Lebens. Auf solche Mobilitätsprozesse richtet dieser Bericht sein Augenmerk. Gelingt es jemandem, der in Armut lebt, diese schnell zu überwinden, oder muss er davon ausgehen, sich dauerhaft mit dieser Situation abfinden zu müssen? Und was die Reichen betrifft: Ist ihr Reichtum gesichert oder müssen sie damit rechnen, über kurz oder lang Teil der Mittelschicht zu werden?

Hinter verfestigter Armut und dauerhaftem Reichtum stehen nicht nur individuelle Biografien, beide haben auch massive Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt

einer Gesellschaft. Verfestigte Armut kann Menschen an den Rand der Gesellschaft treiben, sie marginalisieren und ihre soziale Integration massiv behindern. Je länger eine Person arm ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie in zahlreichen Lebensbereichen Einschränkungen erlebt. So können beispielsweise langlebige Konsumgüter wie Waschmaschine oder Auto nicht mehr ersetzt werden oder die Betroffenen können sich eine Urlaubsreise nicht mehr leisten. Es kommt zu materiellen Mangellagen, der sogenannten *materiellen Deprivation*, welche die soziale Inklusion der Betroffenen weiter gefährden kann – und damit auch den sozialen Kitt einer Gesellschaft brüchig werden lässt.

Für das obere Ende der gesellschaftlichen Hierarchie gilt: Verfestigter Reichtum hat selbstverständlich auch positive Seiten, allen voran natürlich für die reichen Personen selbst. Zum anderen kann aber auch die Gesellschaft von dauerhaft als sicher empfundenem Reichtum profitieren, etwa, wenn regelmäßig ein Teil des Reichtums für karitative Zwecke gespendet wird. Es darf aber nicht sein, dass Reichtum zu einem geschlossenen Zirkel wird, zu dem Personen aus der Mittelschicht kaum mehr Zutritt haben und in dem sich die Einkommensreichen in einer „Wohlstandsblase“ von der Gesellschaft abkoppeln. Eben diese Gefahr aber verstärkt sich umso mehr, je dauerhafter Reichtumspositionen werden.

2.1 Definition und Messung von Armut und Reichtum

Um zu analysieren, wie verbreitet dauerhafte Armut und Reichtum sind, knüpft dieser Bericht an der üblichen Methodik an: Betrachtet wird das verfügbare Haushaltseinkommen.⁴ Dieses ist ein indirekter Indikator für den potenziellen Lebensstandard eines Haushalts bzw. der Personen, die darin leben. In unserer marktförmig organisierten Gesellschaft lässt sich aus dem Einkommen, das einer Person zur Verfügung steht, ableiten, in welchem Maß diese am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann – also in der Lage ist, an der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen aber auch der politischen Dimension einer Gesellschaft zu partizipieren.

2 Eine ausführlichere Version des Verteilungsberichts ist als WSI-Report publiziert (Spannagel 2018).

3 Auf eine Analyse der funktionellen Einkommensverteilung sowie der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird in diesem Bericht verzichtet. Alle wichtigen Daten hierzu stehen in aktueller, kommentierter Fassung auf der Internetseite des WSI-Verteilungsmonitors zum Download zur Verfügung (www.boeckler.de/wsi_67151.htm).

4 Berücksichtigt wird das verfügbare reale Haushaltsnettoeinkommen, also das Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen, inklusive aller Transferzahlungen wie bspw. Kinder- oder Arbeitslosengeld. Alle Einkommen sind mit dem „Verbraucherpreisindex“ inflationsbereinigt und in

Preisen von 2010 angegeben. Zudem werden unterschiedliche Haushaltsgrößen und -zusammensetzungen vergleichbar gemacht, indem die vorliegenden Einkommen mittels der sogenannten OECD-Äquivalenzskala gewichtet werden. Dabei erhält die erste erwachsene Person im Haushalt den Gewichtungsfaktor 1,0. Weitere im Haushalt lebende Personen über 14 Jahre bekommen den Gewichtungsfaktor 0,5; Kinder unter 14 Jahren werden mit einem Faktor von 0,3 berücksichtigt. Das Haushaltseinkommen einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren bspw. wird demnach durch den Wert $2,1 (1,0 + 0,5 + 0,3 + 0,3)$ dividiert. Zusätzlich wird vorhandenes Wohneigentum dadurch berücksichtigt, dass die imputed rent (also die angenommene Miethöhe des Wohneigentums) zum verfügbaren Haushaltseinkommen hinzuaddiert wird.

An diesem Teilhabegedanken orientiert sich in letzter Konsequenz auch die im Grundgesetz festgeschriebene Menschenwürde: Es ist die zentrale Aufgabe des Sozialstaats, allen Bürgern ein menschenwürdiges Leben durch ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Integration zu gewährleisten. Das ist sozialrechtlich über das *soziokulturelle Existenzminimum* festgeschrieben. Dieses Existenzminimum ist der politisch-rechtlich garantierte Teilhabeanpruch aller Bürger (Spannagel 2017, S. 81f.).

Arm ist aus dieser Teilhabeperspektive nicht nur derjenige, dessen physisches Überleben in Gefahr ist. Arm sind auch Personen, deren soziokulturelles Existenzminimum nicht gesichert ist. Damit ist Armut notwendigerweise ein relatives Konzept, das sich am Lebensstandard bemisst, der in einer Gesellschaft üblich ist. Methodisch wird dies dadurch umgesetzt, dass sich die Armutsgrenze am Einkommensmedian orientiert. Dabei handelt es sich um das Einkommen, das genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen aufsteigend sortiert werden. Die Armutsgrenze, wie sie seit Jahren von Wissenschaft und Politik definiert wird, liegt bei 60 % dieses Medianeinkommens. Hat ein Haushalt weniger als diese 60 % zur Verfügung, ist er – und damit alle Personen, die in diesem Haushalt leben – arm. Im Jahr 2015 lag die Armutsgrenze für einen Einpersonenhaushalt bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von etwas über 12 000 € (Spannagel 2018, Tabelle 2).

In letzter Zeit stand diese relative 60 %-Armutsgrenze in der Kritik (vgl. hierzu ausführlich Becker 2017); zuletzt als Reaktion auf das aktuelle Jahresgutachten des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, in dem gleichfalls diese 60 %-Grenze Bezugspunkt der Analyse ist (Der Paritätische Gesamtverband 2018, S. 10ff.). Kernpunkt der Kritik ist, dass sich an einer so definierten Armutsquote selbst dann nichts ändern würde, wenn sich alle Einkommen, also auch die der derzeit Armen, beispielsweise verdoppeln würden.⁵ Der Einwand ist per se korrekt. Jedoch: Genau dieser Fokus macht die Teilhabeperspektive des relativen Armutskonzepts aus. Denn wenn sich, wie in unserem Beispiel, alle Einkommen verdoppeln, verdoppelt sich – vereinfacht ausgedrückt – auch der mittlere Lebensstandard und damit auch das, was man braucht, um weiterhin an allen Dimensionen der Gesellschaft zumindest grundlegend teilhaben zu können. Genau aus diesem Grund brauchen wir eine relative Armutsgrenze, die durch ihre Orientierung am Einkommensmedian direkt an die mittleren Lebensverhältnisse einer Gesellschaft gebunden ist.

Auch die Grenze für Einkommensreichtum orientiert sich am Median. Sie liegt beim Doppelten des mittleren Einkommens. Hier sind ebenfalls einige Anmerkungen zu machen. Die erste betrifft die Beschränkung auf Einkommen: Ein umfassendes Reichtumskonzept sollte immer auch die Vermögenssituation eines Haushalts berücksichtigen – so wie bei Armut immer auch gegebenenfalls vorhandene Schulden zu beachten wären. Nur so lassen sich alle Aspekte der Sicherheit und Freiheit, die mit Reichtum verbunden sind, erfassen (vgl. hierzu ausführlicher Hau-

ser et al. 2007; Spannagel 2013, S. 127). Dass hier dennoch das Konzept des *Einkommensreichtums* verwendet wird, hat forschungspragmatische Gründe. Es gibt schlichtweg keine Datenquelle, die im Zeitverlauf umfassend jährliche Daten sowohl über Einkommen als auch über Vermögen der Haushalte liefert. Die zweite Anmerkung betrifft die Höhe der Reichtumsgrenze. Im Jahr 2015 lag diese für einen Einpersonenhaushalt bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von rund 41 000 € (Spannagel 2018, Tabelle 2). Haushalte, deren Einkommen darüber liegen, gelten somit als einkommensreich. Ein solcher Reichtumsbegriff ist nicht sehr exklusiv. Er bezieht sich mehr auf die Breite des Reichtums als auf dessen Spitze (vgl. Huster 1997, S. 13). Dennoch ist ein deutlich gehobener Lebensstandard mit einem solchen Einkommen gegeben. Und wenn man bedenkt, dass nicht mehr als 8 % der Deutschen in Haushalten leben, die über dieser Grenze liegen (Abbildung 1), wird deutlich, dass diese Gruppe durchaus einen exklusiven Lebensstandard hat. Und deswegen hat sich die 200 %-Grenze inzwischen in Forschung und Politik etabliert. Allerdings sind hohe und vor allem höchste Einkommen und Vermögen in den meisten Datenquellen – so auch in den hier verwendeten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)⁶ – untererfasst (Unger et al. 2013, S. 56ff.). Solche Datenlücken müssen geschlossen werden.⁷

Trotz dieser Einschränkungen gilt: Die SOEP-Daten bieten derzeit die beste Grundlage, um die Verfestigung von Armuts- und Reichtumspositionen in Deutschland zu untersuchen.

2.2 Definition von „dauerhaften“ Armuts- und Reichtumslagen

Um im Folgenden zu bestimmen, wie verbreitet *dauerhafte Armut* bzw. *dauerhafter Reichtum* sind, muss außerdem noch geklärt werden, was als „dauerhaft“ gilt, also wie beide Zuschreibungen *definiert* sind.

5 So bspw. Andreas Peichl vom ifo-Institut: „Wenn mittlere Einkommen stärker steigen als die Sozialtransfers, dann führt das dazu, dass die Armut automatisch ansteigt, weil die Einkommen stärker steigen“ (zitiert nach Tagesschau.de 2018).

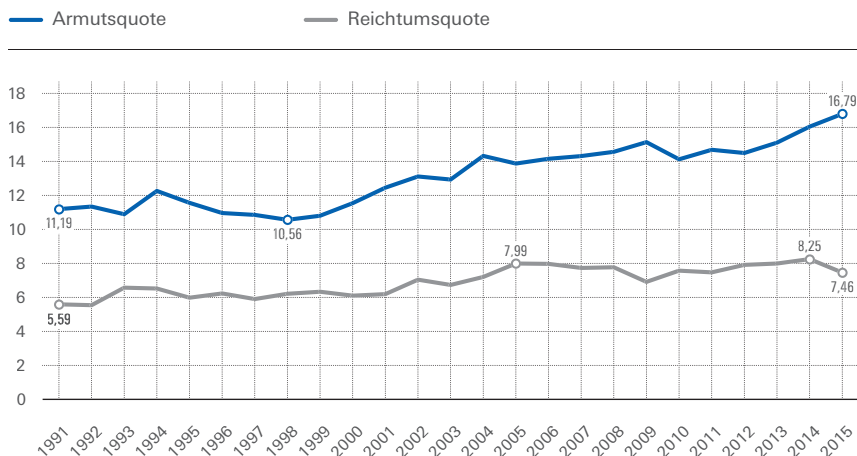
6 Beim SOEP handelt es sich um eine seit 1984 jährlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführte repräsentative Erhebung. Aktuell werden rund 30 000 Personen in 11 000 Haushalten unter anderem zu soziodemografischen Merkmalen wie Einkommen, Erwerbstätigkeit und Bildung befragt (DIW 2018). Das SOEP bietet den großen Vorteil, dass es sich dabei um eine Panelstudie handelt, was bedeutet, dass immer wieder dieselben Haushalte befragt werden.

7 Erste Ansätze hierfür werden gerade erarbeitet. Dabei handelt es sich beispielsweise um die Einführung eines Themenschwerpunkts zu Einkommens- und Vermögensreichtum in die größte deutsche Bevölkerungsumfrage, den Mikrozensus (vgl. Tiefensee/Spannagel 2018; ZEW 2015).

ABBILDUNG 1

Einkommensarmut und Einkommensreichtum in Deutschland, 1991–2015

Angaben in Prozent



Anmerkung: Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 % des Medians (Armut) bzw. von über 200 % (Reichtum) leben.

Quelle: SOEP Welle 09-33, eigene Berechnungen

WSI Mitteilungen

Der Zeitraum, den ein Haushalt arm bzw. reich sein muss, um von dauerhafter Armut bzw. dauerhaftem Reichtum sprechen zu können, kann nicht objektiv bestimmt werden. Die Entscheidung muss sowohl theoretische wie auch methodische Aspekte berücksichtigen. Die Periode darf nicht zu lange gewählt werden, da sonst die Fallzahl der dauerhaft armen bzw. reichen Haushalte zu gering ist, um statistisch valide Aussagen treffen zu können. Der Zeitraum darf aber auch nicht zu kurz sein, da sonst keine Verfestigungstendenzen abgebildet werden können. Die Wahl beeinflusst natürlich auch die Ergebnisse und damit die Aussage der Daten: Je länger der Zeitraum gewählt wird, desto durchlässiger erscheint die Einkommensverteilung; je kürzer der betrachtete Zeitraum ist, desto mehr dauerhaft arme und reiche Haushalte gibt es.

Im vorliegenden Bericht wird ein Haushalt dann als dauerhaft arm bzw. reich betrachtet, wenn er über einen Zeitraum von fünf Jahren durchgehend ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armuts- bzw. oberhalb der Reichtumsgrenze hat. Andere Grenzziehungen sind durchaus üblich. So spricht etwa die Bundesregierung in ihrem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht bereits dann von dauerhafter Armut bzw. dauerhaftem Reichtum, wenn ein Haushalt im Befragungsjahr sowie in zwei der drei vorangegangenen Jahre arm bzw. reich war (BMAS 2017, S. 551, S. 578).

Für die Analysen in diesem Bericht werden die Jahre seit der Wiedervereinigung betrachtet. Die aktuellsten Daten liegen derzeit für das Einkommensjahr 2015 vor. Die Entwicklung der Einkommensmobilität wird für

drei Fünfjahreszeiträume untersucht:⁸ Dabei handelt es sich um die Einkommensjahre 1991–1995, 2001–2005 und 2011–2015. Aufgrund des Paneldesigns ist es möglich auszuwerten, wie viele Haushalte über die untersuchten fünf Jahre hinweg dauerhaft in Armut bzw. Reichtum verbleiben. Dazu wird ein sogenanntes *balanced panel* gebildet, das nur Haushalte enthält, für die im jeweiligen Beobachtungszeitraum lückenlose Angaben zum Einkommen vorliegen.

3 Armut und Reichtum in Deutschland – empirische Befunde

Als Hintergrund für die Analyse der Verfestigung von Armut und Reichtum werfen wir zunächst einen Blick darauf, wie sich der Anteil der Armen und Reichen in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat – unabhängig von der Dauer der einzelnen Armuts- und Reichtumsepisoden. Im Gesamtbild zeigt sich ein deutlicher Anstieg der Armutsquote (Abbildung 1). Im Jahr 2015 liegt der Anteil der Armen mit rund 16,8 % um fast sechs Prozentpunkte höher als zu Beginn der 1990er Jahre. Bis 1998 ist die Armutsquote zunächst rückläufig und erreicht in diesem Jahr mit etwas über 10,5 % den niedrigsten Wert der untersuchten Jahre. Seitdem steigt sie fast kontinuierlich an. Insbesondere in den Jahren seit 2010 nimmt die Zahl der von Armut betroffenen Haushalte deutlich zu – und das ungeachtet der sehr guten konjunkturellen Lage dieser Jahre (vgl. hierzu auch Spannagel 2015). Zurückzuführen ist dieser Anstieg insbesondere auf die Zuwanderung; unter in Deutschland geborenen Personen ist die Armutsquote in den letzten Jahren im Wesentlichen stabil (Seils/Höhne 2018).

Auch der Anteil der Einkommensreichen hat seit 1991 zugenommen. Im Ausgangsjahr sind knapp 5,6 % der Haushalte reich. Bis zum Ende der 1990er Jahre bewegt sich die Reichtumsquote um die 6 %-Marke und steigt zum Jahr 2005 auf 8 % an. 2014 erreicht der Anteil der reichen Haushalte mit fast 8,3 % seinen bisherigen Höchststand. Im darauffolgenden Jahr geht ihr Anteil wieder zurück und liegt am aktuellen Rand bei etwas unter 7,5 %.

Es zeigt sich also, dass sich seit Beginn der 1990er Jahre immer mehr Haushalte an den Rändern der Einkommensverteilung befinden. Dass sich diese Positionen auch verfestigen, belegen die folgenden Analysen.

8 Im SOEP werden Einkommensdaten retrospektiv, d. h. für das Vorjahr der jeweiligen Befragung erhoben. Alle Jahresangaben im Bericht beziehen sich auf das dem Erhebungsjahr vorangehende Einkommensjahr.

3.1 Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum

Abbildung 2 zeigt, dass im Verlauf der letzten Jahrzehnte landesweit immer mehr Haushalte dauerhaft von Armut betroffen sind.⁹

Im Verlauf der 1990er Jahre wächst ihr Anteil von 3,1% auf knapp 5,2%. Der Anstieg ist damit deutlich ausgeprägter als die Zunahme in den darauffolgenden zehn Jahren (plus 0,2 Prozentpunkte auf 5,4%). In der Gruppe der dauerhaft Armen waren zu Beginn der 2000er Jahre über 2,2% kontinuierlich von strenger Armut betroffen. Im aktuellsten Beobachtungszeitraum ist der Anteil dieser Gruppe leicht auf 2,4% gestiegen. Das heißt: Zwischen 2011 und 2015 müssen fast 2 Mio. Menschen in Deutschland dauerhaft mit weniger als der Hälfte dessen auskommen, was der Gesellschaft im Mittel an Einkommen zur Verfügung steht.

Bei den dauerhaft Reichen fällt das Ergebnis zunächst einmal nicht so klar aus. Insgesamt ist der Bevölkerungsanteil in gesicherten gehobenen Einkommenslagen in den letzten Jahrzehnten nur leicht von 3,3% auf 3,4% gestiegen. Bemerkenswert ist auf den ersten Blick der deutliche Rückgang von 3,3% (1991–1995) auf rund 2,8% (2001–2005). Der auffällige Wert ist hier, anders als es zunächst scheinen mag, der Ausgangswert. Er fällt gerade im Vergleich zu den 2,3%, die in demselben Zeitraum in Westdeutschland dauerhaft reich sind, sehr hoch aus (Abbildung 3). Erklären lässt sich dieser hohe Wert mit der Berechnung der Reichtumsgrenzen auf der Grundlage des jeweiligen Medianeinkommens – also dem ostdeutschen bzw. west- oder gesamtdeutschen Wert. Das mittlere Einkommen in Ostdeutschland ist in der Zeit direkt nach der Wiedervereinigung deutlich niedriger als das im Westen des Landes. Das gesamtdeutsche Medianeinkommen, und mit ihm auch die landesweite Reichtumsgrenze, ist damit ebenfalls niedriger als im Westen: Im Jahr 1995 liegt die Reichtumsgrenze aus der gesamtdeutschen Perspektive für einen Einpersonenhaushalt bei etwas unter 36 500 €, für Westdeutschland sind es über 1000 € mehr. Ein- und derselbe Haushalt kann deswegen über der gesamtdeutschen Reichtumsgrenze liegen, während er aus rein westdeutscher Sicht nicht als reich gilt. Das erklärt den vergleichsweise hohen landesweiten Anteil an dauerhaft Reichen zu Beginn der untersuchten Jahre. In dauerhaft großem Reichtum, also in Haushalten mit einem Einkommen von mehr als dem Dreifachen des Medians, leben seit den 2000er Jahren stabil etwa 0,6% der Bevölkerung. Da hohe und vor allem höchste Einkommen im SOEP aber untererfasst sind, dürfte diese Bevölkerungsgruppe zahlreicher sein als hier angegeben.

3.2 Einzelanalyse Westdeutschland

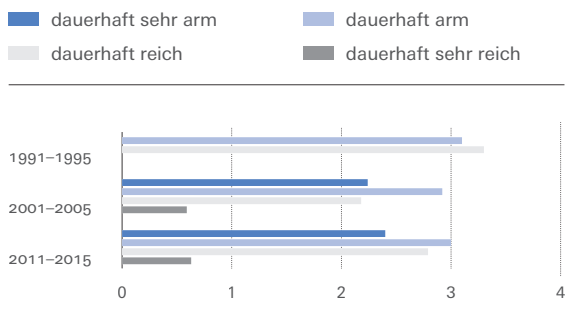
In Westdeutschland zeigt sich ein ähnliches Bild (Abbildung 3): Der Anteil der dauerhaft Armen steigt vor allem im Verlauf der 1990er Jahre deutlich an (von rund 3,6%

ABBILDUNG 2

Entwicklung von dauerhafter Armut und dauerhaftem Reichtum in Deutschland

Angaben in Prozent

In der Bevölkerung waren über fünf Jahre hinweg unverändert...



Anmerkung: Anteil der Haushalte, die in allen Jahren des jeweiligen Zeitraums durchgehend arm oder sehr arm bzw. reich oder sehr reich sind.

Quelle: SOEP Welle 09-33, eigene Berechnungen

WSI Mitteilungen

auf 5,3%). Zwischen 2011 und 2015 sind dann rund 5,5% der westdeutschen Bevölkerung von dauerhafter Armut betroffen – ein ähnlich hoher Anteil wie aus gesamtdeutscher Perspektive.

Dauerhaft reich sind in Westdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre ca. 2,3% der Bevölkerung – ein im Vergleich zu Gesamtdeutschland sehr niedriger Wert. Hier zeigt sich spiegelbildlich der Effekt der im Vergleich zu Gesamtdeutschland deutlich höheren Reichtumsgrenze. 20 Jahre später sind mit rund 3,4% auch in Westdeutschland deutlich mehr Haushalte dauerhaft reich. Der Anstiegstrend verläuft hier kontinuierlich über alle drei untersuchten Perioden hinweg.

3.3 Einzelanalyse Ostdeutschland

Drei Ergebnisse sind für Ostdeutschland hervorzuheben (Abbildung 4): Erstens der starke Anstieg der dauerhaft armen Haushalte im Verlauf der 2000er Jahre (plus zwei Prozentpunkte). In Westdeutschland wie auch aus gesamtdeutscher Perspektive lag die Zunahme im selben Zeitraum bei unter 0,3 Prozentpunkten. Zweitens: Mit rund

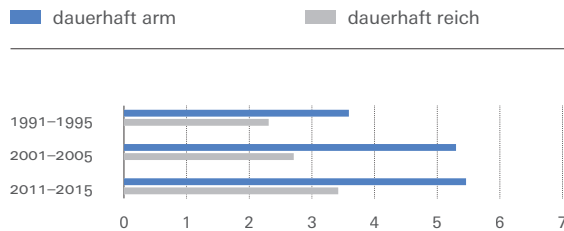
9 Die Ergebnisse für die dauerhaft Armen und dauerhaft Reichen werden jeweils für Deutschland als Ganzes sowie nach Ost und West gegliedert ausgewiesen. Die Berechnung orientiert immer am jeweils regionalen Medianeinkommen. Aufgrund geringer Fallzahlen liegen für Ostdeutschland nur für die letzten beiden Untersuchungszeiträume (2001–2005 und 2011–2015) Daten vor. Für Gesamtdeutschland lassen für diese beiden Perioden zusätzlich auch Entwicklungen bei den dauerhaft sehr Armen (weniger als 50% des Medians) und den dauerhaft sehr Reichen (mehr als das Dreifache des Medians) analysieren.

ABBILDUNG 3

Entwicklung von dauerhafter Armut und dauerhaftem Reichtum in Westdeutschland

Angaben in Prozent

In der Bevölkerung waren über fünf Jahre hinweg unverändert...



Anmerkung: Anteil der Haushalte, die in allen Jahren des jeweiligen Zeitraums durchgehend arm bzw. reich sind.

WSI Mitteilungen

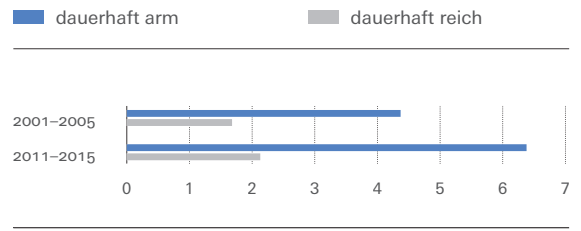
Quelle: SOEP Welle 09-33, eigene Berechnungen

ABBILDUNG 4

Entwicklung von dauerhafter Armut und dauerhaftem Reichtum in Ostdeutschland

Angaben in Prozent

In der Bevölkerung waren über fünf Jahre hinweg unverändert...



Anmerkung: Anteil der Haushalte, die in allen Jahren des jeweiligen Zeitraums durchgehend arm bzw. reich sind. Der Zeitraum 1991–1995 wird aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen.

WSI Mitteilungen

Quelle: SOEP Welle 19-33, eigene Berechnungen

6,4 % leben im aktuellen Zeitraum relativ gesehen deutlich mehr Personen in dauerhafter Armut als in Westdeutschland bzw. als bei gesamtdeutscher Betrachtungsweise.

Drittens ist der Anteil der dauerhaft Reichen mit knapp 1,7 % (2001–2005) bzw. kaum mehr als 2,1 % (2011–2015) merklich niedriger als in West- und Gesamtdeutschland – und das, obwohl sich die Reichtumsgrenze am ostdeutschen Medianeinkommen orientiert. Hier wird deutlich: Dauerhafte Armut ist aktuell vor allem ein ostdeutsches Phänomen. Dauerhafter Reichtum hingegen ist in den neuen Bundesländern immer noch vergleichsweise selten. Zwischen 2001 und 2005 war der Anteil an dauerhaft Armen im Westen des Landes noch höher als im Osten. In der folgenden Dekade verschlechtert sich die Situation in Ostdeutschland massiv.

4 Diskussion der Ergebnisse und Fazit

Der 2016 publizierte WSI-Verteilungsbericht hat die Mobilität innerhalb der Einkommensverteilung untersucht und gezeigt, wie diese vor allem in Ostdeutschland zunehmend sinkt (Spannagel 2016). Der diesjährige Bericht knüpft an den Fokus der Mobilität an und richtet den Blick auf die Verfestigung an den Rändern der Verteilung. Die Analysen belegen, dass immer mehr Menschen von dauerhafter Armut betroffen sind, während sich gleichzeitig auch individueller Reichtum weiter verfestigt – ein Prozess, der die soziale Spaltung dynamisiert und damit den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet. Die hier aufgezeigten Entwicklungen sind nicht gänzlich unbekannt. Soziale Ungleichheit ist bereits seit einigen Jahren ein medial sehr präsent Thema. Und auch in der

Forschung werden hierzu regelmäßig neue Studien publiziert, die warnend auf die steigende soziale Spaltung der Gesellschaft verweisen.¹⁰

Auch die Bedeutung des Themas, ob in unserer Gesellschaft soziale Mobilität gegeben ist, ist in jüngster Zeit ins öffentliche und politische Interesse getreten. Die Frage, wie durchlässig eine Gesellschaft ist, sei es im Generationenverlauf oder im Verlauf eines Lebens, ist mit dem Thema Soziale Ungleichheit eng verknüpft. Soziale Ungleichheit und soziale Mobilität können einander verstärken, aber auch sich gegenseitig abschwächende Effekte zeigen. In einer Gesellschaft, in der die soziale Durchlässigkeit hoch ist, sind die Folgen großer sozialer Disparitäten weniger gravierend. Als Beispiel mag das Idealbild des „American Dream“ mit dem Versprechen dienen, jede und jeder könne es „vom Tellerwäscher zum Millionär“ bringen, wenn er oder sie sich nur entsprechend anstrengt. Selbst ausgeprägte materielle Ungleichheiten wirken sich hier nicht ganz so negativ aus, da Personen am unteren Ende des gesellschaftlichen Gefüges den sozialen Aufstieg quasi vor Augen haben. Je starrer hingegen das soziale Gefüge einer Gesellschaft ist, desto starrer ist auch deren soziale Ungleichheit, was diese wiederum verstärkt. Deswegen sind die Entwicklungen, die sich hierzulande vollziehen, so bedenklich.

¹⁰ Zwei Publikationen seien hierzu stellvertretend genannt: Zum einen das vom Präsidenten des DIW Marcel Fratzscher (2016) publizierte Buch „Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird“, zum anderen das Buch des Journalisten der Süddeutschen Zeitung Alexander Hagelüken (2017) „Das gespaltene Land. Wie Ungleichheit unsere Gesellschaft zerstört und was die Politik ändern muss“. Beide Werke beschreiben ausführlich, wie die soziale Spaltung in Deutschland aussieht und welche Folgen sie hat.

Gesellschaftspolitisch ergibt sich daraus ein klarer Auftrag: Dauerhafte Armut muss bekämpft und verringert werden. Mit Blick auf die dauerhaft Reichen ist dafür zu sorgen, dass diese Gruppe sich nicht vom Rest der Gesellschaft „absetzt“, also den Bezug zu den Lebensumständen, Einstellungen, Sorgen und Nöten minder privilegierter Bevölkerungsgruppen verliert. Ansatzpunkte, um verfestigte Armut zu bekämpfen, ergeben sich, wenn man die Gruppen in den Blick nimmt, die hiervon besonders betroffen sind (Spannagel 2018): Ostdeutsche, gering Gebildete, Arbeitslose und Alleinverdienerhaushalte. Folgende Handlungsfelder treten besonders in den Vordergrund:

(1) *Lohnungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland verringern:* Aktuell liegt das mittlere Bruttoarbeitseinkommen für versicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte in Westdeutschland bei 3339 € im Monat. In Ostdeutschland sind es lediglich 2600 € (BA 2018, Tabellen 3.2.2/3.2.3). Diese Diskrepanz gilt es zu verringern, um zum einen der viel zitierten „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in Deutschland ein Stück näher zu kommen. Zum anderen würden höhere Löhne in Ostdeutschland direkt die dortige Armut verringern und sie helfen Betroffenen, ihre dauerhafte Armutslage zu überwinden.

(2) *Abbau von Bildungsungleichheiten:* Bildung spielt für die Lebenschancen einer Person eine entscheidende Rolle. Hier anzusetzen ist zentral, wenn man soziale Mobilität stärken will. Von frühester Kindheit an müssen Kinder aus benachteiligten Familien gezielt gefördert werden, um ihnen einen Bildungsabschluss zu ermöglichen, der tatsächlich auch ihren individuellen Begabungen entspricht und nicht auf dem vom Elternhaus quasi vererbten Bildungsniveau verharrt.

(3) *Langzeitarbeitslosigkeit abbauen:* Langzeitarbeitslose gehören zu der Gruppe, die nachvollziehbarerweise mit am stärksten von dauerhafter Armut betroffen ist. Wer Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit bringt, bekämpft daher auch verfestigte Armut. Eine dauerhaft gesicherte, gut bezahlte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist und bleibt ein wirksamer Schutz vor dauerhafter Armut. Geeignete Instrumente zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit setzen vor allem bei der gezielten individuellen Förderung der Langzeitarbeitslosen an. Das umfasst situationsbezogene Beratung, etwa im Fall von Überschuldung oder gesundheitlichen Problemen, sowie qualifikationsadäquate Weiterbildungsangebote. Langzeitarbeitslose brauchen aber auch eine realistische Einschätzung ihrer Potenziale. Personen, die keine Chancen haben, dauerhaft auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, muss der Zugang zu öffentlich geförderter Beschäftigung ermöglicht werden.

(4) *Mehrverdienerhaushalte fördern:* Leben in einem Haushalt mehr als ein Verdienender, sinkt das Risiko, dass dieser Haushalt dauerhaft von Armut betroffen ist. Jedes weitere Einkommen in einem Haushalt kann entscheidend dafür sein, den Haushalt über die Armutsschwelle zu heben. Das macht deutlich, wie wichtig es ist – unter anderem über eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf –, es Männern wie Frauen in Haushalten mit Kindern zu ermöglichen, erwerbstätig zu sein. Konkret ist hier vor allem an den Ausbau und möglichst auch den kostenlosen Zugang zu Kinderbetreuung wie auch an flexiblere Arbeitszeitmodelle für erwerbstätige Eltern zu denken. Solche Maßnahmen kommen insbesondere auch Alleinerziehenden zugute – einer Bevölkerungsgruppe, die überdurchschnittlich häufig in dauerhafter Armut lebt.

Ein Zusammenspiel all dieser Maßnahmen bekämpft dauerhafte Armut und verhindert nachhaltig, dass Personen überhaupt erst in eine solche Lage geraten.

Es bleibt die Frage, wie sich verhindern lässt, dass sich die dauerhaft Reichen vom Rest der Gesellschaft entfernen und im schlimmsten Fall eine Art Parallelgesellschaft entwickeln. Zu verhindern ist, dass sozial homogene Lebenswelten entstehen: *Gated Communities* für die Reichen auf der einen und Problemviertel für die Armen auf der anderen Seite, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner jeweils unter sich sind. Das Zauberwort hier heißt „soziale Durchmischung im Alltag“. Das fängt bei sozial gemischten Wohnquartieren an, geht über sozial durchmischte Bildungsinstitutionen weiter und hört bei gemeinsamen Freizeitaktivitäten (etwa im Sportverein) noch lange nicht auf.

All das ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Nur wenn es gelingt, verfestigte Armut aufzubrechen und zu verhindern, dass die Reichen den Bezug zu der sie umgebenden gesellschaftlichen Realität verlieren, gelingt es auch, jene gut integrierte gesellschaftliche Mitte zu erhalten und zu stärken, auf der die Stabilität unserer Demokratie beruht. ■

LITERATUR

- Becker, I.** (2017): Kritik am Konzept relativer Armut – berechtigt oder irreführend?, in: WSI-Mitteilungen 70 (2), S. 98–107, https://wsi-mitteilungen_107519_107533.htm
- BA (Bundesagentur für Arbeit)** (2018): Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte (Jahreszahlen), Stichtag 31. 12. 2017 https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_300648/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&toPicId=746742&year_month=201712&year_month.GROUP=1&search=Suchen (letzter Zugriff: 12. 09. 2018)
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)** (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- Der Paritätische Gesamtverband** (2018): Brücken bauen: Potenziale des Sozialen. Paritätisches Jahresgutachten 2018, Berlin
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)** (2018): Kurzbeschreibung, https://www.diw.de/de/diw_02.c.221178.de/ueber_uns.html (letzter Zugriff: 12. 09. 2018)
- Fratzcher, M.** (2016): Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München
- Grabka, M. M. / Goebel, J.** (2018): Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): DIW Wochenbericht 85 (21), S. 450–459
- Groh-Samberg, O.** (2007): Armut in Deutschland verfestigt sich, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): DIW Wochenbericht 74 (12), S. 177–182
- Hagelüken, A.** (2017): Das gespaltene Land. Wie Ungleichheit unsere Gesellschaft zerstört – und was die Politik ändern muss, München
- Hauser, R. / Becker, I. / Grabka, M. M. / Westerheide, P.** (2007): Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), Bonn
- Huster, E.-U.** (1997): Enttabuisierung der sozialen Distanz, in: Ders. (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, Frankfurt a. M. / New York, S. 7–31
- Pollak, R.** (2012): Soziale Mobilität in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland, Düsseldorf
- Seils, E. / Höhne, J.** (2018): Einkommensarmut in Deutschland erreicht neuen Höchststand. Eine Kurzauswertung aktueller Daten des Mikrozensus 2017, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI): WSI Policy Brief 26/2018
- Spannagel, D.** (2013): Reichtum in Deutschland. Empirische Analysen, Wiesbaden

Spannagel, D. (2015): Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. WSI-Verteilungsbericht 2015, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI): WSI-Report 26/2015

Spannagel, D. (2016): Soziale Mobilität nimmt weiter ab. WSI-Verteilungsbericht 2016, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI): WSI-Report 31/2016

Spannagel, D. (2017): Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status – Armut und Teilhabe, in: Diehl, E. (Hrsg.): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation, Bonn, S. 77–102

Spannagel, D. (2018): Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum. WSI-Verteilungsbericht 2018, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI): WSI-Report (im Erscheinen)

Tagesschau.de (2018): Vom Aufschwung abgehängt? Studie zur sozialen Lage, <https://www.tagesschau.de/inland/armut-135.html> (letzter Zugriff: 12.09.2018)

Tiefensee, A. / Spannagel, D. (2018): Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 71 (5), S. 413–419, https://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_116197_116206.htm

Unger, B. / Bispinck, R. / Pusch, T. / Seils, E. / Spannagel, D. (2013): Verteilungsbericht 2013. Trendwende noch nicht erreicht, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI): WSI-Report 10/2013

ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) (2015): Möglichkeiten zur Verbesserung der statistischen Datengrundlage zur Beschreibung höchster Einkommen und Vermögen. Endbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mannheim

AUTORIN

DOROTHEE SPANNAGEL, Dr., ist Referatsleiterin für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Armuts- und Reichtumsforschung, Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik.

@ dorothee-spannagel@boeckler.de